



## **Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 09.02.2020**

### **Für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt im 21. Jahrhundert**

Die Arbeitswelt wandelt sich umfassend und in großer Geschwindigkeit. Wir alle erleben die Veränderungen durch neue digitale Technologien und die immer dringlicher werdende Notwendigkeit eines verstärkten Klimaschutzes. Der Wandel kann große Chancen und neue Arbeit für viele schaffen, aber die Veränderungen können nur gelingen, wenn wir sie gemeinsam gestalten und niemanden zurücklassen.

Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt beginnt mit einer dynamischen und stabilen Wirtschaft. Der Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland muss unter den Bedingungen einer digitalen und ökologisch nachhaltigen Produktion weiterhin eine Spitzenstellung einnehmen. Nur so lassen sich hohe Einkommen für die Beschäftigten erzielen. Das ist die Aufgabe, die wir mit einer gesamtwirtschaftlichen Investitionsoffensive bewältigen wollen.

Damit die Früchte einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung gerecht verteilt werden können, bedarf es eines Arbeitsmarktes, dessen Struktur eine faire Teilhabe der Beschäftigten ermöglicht. Dies ist in Deutschland vor dem Hintergrund des rasanten wirtschaftlichen Wandels derzeit nur unzureichend der Fall. Auch gibt es Kräfte, die die Veränderungen nur für die Maximierung ihrer eigenen Gewinne und gegen das Gemeinwohl benutzen. Sie wollen alle Vorteile für sich reservieren und möglichst wenig davon abgeben. Sie wollen die Veränderungen dazu nutzen, den Wilden Westen auf den Arbeitsmarkt zurückzubringen. Schlechte Bezahlung, Kettenbefristungen, Zurückdrängung der Mitbestimmung und neue Beschäftigungsformen ohne Arbeitnehmerschutz sind die Folge.

Unser Weg ist ein anderer:

Wir machen Arbeit und Gerechtigkeit zum Ausgangspunkt unseres Handelns im ökologischen und technologischen Wandel. Wir sind als Gesellschaft herausgefordert, im Wandel zusammenzuhalten – und das gelingt nicht, wenn sich die einen um das Ende der Welt sorgen, und die anderen um das Ende des Monats. Letztendlich sitzen wir in einem Boot, denn auch der Facharbeiter und die Facharbeiterin in der Automobilindustrie wünscht sich eine Zukunft für seine Kinder, und auch die Fridays for Future-Demonstrant\*innen wollen gute und sichere Arbeitsplätze.

Das Ziel, die deutsche Wirtschaft bis 2050 treibhausgasneutral umzugestalten, bietet Chancen auf neue Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze sowie auf technologische Innovationen. Wir brauchen Wachstum in nachhaltigen Branchen – ein Wachstum, das sich in gute Arbeitsplätze übersetzt. Der ökologische Umbau der Wirtschaft kann ein Zukunftsprojekt und Jobmotor für alle sein, wenn wir ihn mit einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt verbinden. Wir sehen aber auch, beispielsweise in den USA, dass es scheitern kann – die Folge sind zutiefst gesplante Gesellschaften.

Auch die Digitalisierung trägt ein Risiko in sich, zur weiteren Spaltung beizutragen. Fast alle spüren den Wandel. Aber für viele ist unklar, ob er für sie persönlich etwas Gutes oder Schlechtes bedeutet. Das ist keine Frage des persönlichen Lebensmanagements, sondern eine Frage politischer Entscheidungen. Wenn Produktivitätsgewinne einseitig den großen Digitalunternehmen zu Gute kommen und Rationalisierungsmaßnahmen hingegen die



Beschäftigten treffen, ist Digitalisierung für die Mehrheit eine Bedrohung. Wenn Digitalisierung jedoch genutzt wird, um die Arbeit und das Leben für die Mehrheit besser zu machen, kann sie eine Verheißung sein. Viele Menschen wünschen sich mehr Zeit für die Familie, für sich selbst, für Weiterbildung, auch für soziales Engagement. Die Digitalisierung ist hier vor allem eine Chance. Sie bietet vielen Beschäftigten neue Freiräume, wann und wo sie arbeiten wollen und erleichtert damit die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. Die Digitalisierung schafft Spielräume für schnellere und bessere Arbeitsergebnisse und höhere Gewinne von Unternehmen. Für uns geht es hierbei darum, diese Vorteile gerecht zu verteilen, damit auch Arbeitnehmer\*innen direkt davon profitieren.

Dieser Fortschritt kommt nicht von selbst, sondern setzt politische Gestaltung voraus. Diesen Gestaltungsauftrag nehmen wir an – zusammen mit den Gewerkschaften und den Unternehmen. Dafür brauchen wir eine starke Sozialpartnerschaft und einen Staat, der investiert, private Investitionen in nachhaltige Wirtschaftsbereiche lenkt, Chancen schafft, Risiken abfedert und Lebensentwürfe absichert.

Der richtige Zeitpunkt, die Weichen für eine gerechtere Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu stellen, ist jetzt. Die Möglichkeiten dafür sind günstig. Der deutsche Arbeitsmarkt steht statistisch deutlich besser da als in der Vergangenheit: Steigende Beschäftigung, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, höhere Beschäftigung von Arbeitnehmer\*innen über 50 Jahren und von Frauen sind eine gute Entwicklung. Im Januar 2020 betrug die Arbeitslosenquote 5,3 Prozent. Das heißt konkret, dass sich die Arbeitslosigkeit seit 2005 mehr als halbiert hat. In vielen Branchen und Regionen herrscht faktisch Vollbeschäftigung.

Schon jetzt kommt es zu vielen Engpässen auf dem Arbeitsmarkt, die durch den demographischen Wandel weiter verstärkt werden. Fachkräfte werden bereits heute von vielen Betrieben dringend gesucht und gerade die digitalen und sozialen Berufe haben massive Nachwuchsprobleme, z.B. in der Pflege. Wenn in den nächsten Jahren die Generation der „Babyboomer“ in Rente geht, wird sich diese Situation weiter verschärfen – mit erheblichen Konsequenzen für unseren Wohlstand und die soziale Infrastruktur in Deutschland.

Aber auch die Spaltung unserer Arbeitsgesellschaft hat zugenommen. Der Niedriglohnsektor, geringfügige Beschäftigung, Befristungen, erzwungene Teilzeit, Werk- und Honorarvertragsarbeit haben sich ausgeweitet und sind in den Kern des Arbeitsmarktes vorgedrungen – insbesondere Frauen sind davon betroffen. Flexibilität wird einseitig den Arbeitnehmer\*innen aufgeladen. Hinzu kommt, dass die Produktivitätsgewinne in Deutschland ungleich verteilt sind: Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit steigen schneller als die Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer\*innen. Die Digitalisierung verändert die sozialen Strukturen der Arbeitswelt zusätzlich – sowohl zum Besseren als auch zum Schlechteren, je nachdem, wer welche Spielregeln macht. Unter den Bedingungen einer unregulierten Digitalisierung droht das Arbeitsangebot immer stärker in einen hochqualifizierten, relativ gut bezahlten Teil und einen Teil ungesicherter, permanent bedrohter und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse zu zerfallen. Eine solche Entwicklung gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deshalb muss sich Politik einmischen und aktiv gestalten.

Wir wollen die gerechte Anerkennung der Leistung der Menschen, die den Wohlstand in unserem Land jeden Tag hart erarbeiten: die Leistung der Menschen in den Pflegeberufen, an den Supermarktkassen, in den Kindergärten und in den Betrieben. Wir akzeptieren nicht, dass diese Menschen 40 Stunden in der Woche arbeiten und am Ende des Monats immer noch jeden



Cent umdrehen müssen oder zum Amt gehen, um das Einkommen aufzustocken – und ein Leben voller Unsicherheit führen. Die Produktivitätsgewinne der Globalisierung und Digitalisierung stehen allen zu und nicht nur wenigen. Und wir wollen, dass die Menschen in unserem Land ein selbstbestimmtes Leben führen können. Ein Leben, in dem sie sich nicht als Spielball von Profitinteressen, technischen Entwicklungen oder globalen Veränderungen fühlen.

Ziel von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt die grundsätzliche Modernisierung unserer Gesellschaft, um die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Zusammenleben der Menschen in einer intakten Umwelt zu verwirklichen. Zur Erreichung dieser Vision reicht es nicht aus, nur im nationalen Maßstab zu denken. Mit der Europäischen Union verfügen wir über das Potenzial, durch kluge Weichenstellungen eine gute Zukunft für alle zu ermöglichen. Wir wollen Europa in diesem Sinne als Fortschrittsprojekt wiederbeleben. Im Sommer wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Wir wollen die deutsche Ratspräsidentschaft nutzen, um in Europa für mehr gute Arbeit und soziale Sicherheit zu sorgen.

### **Unser Arbeitsprogramm gegen die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt:**

Wir werden acht Reformprojekte in Angriff nehmen, die zu einer gerechten Machtbalance auf dem Arbeitsmarkt führen sollen.

#### **Projekt 1: Gerechte Bezahlung – am besten mit Tarif**

In unserem Land gilt seit der Gründung der Bundesrepublik: Die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen sollen von Arbeitgebern und Gewerkschaften in Tarifverträgen festgelegt werden – gestützt auf gute gesetzliche Rahmenbedingungen. Das hat für beide Seiten Vorteile.

Immer mehr Arbeitgeber verlassen aber dieses grundgesetzlich verankerte Prinzip. Nur noch 56% der Beschäftigten in Westdeutschland und 47% der Beschäftigten in Ostdeutschland arbeiten in einem tarifgebundenen Betrieb. Dazu kommen immer mehr atypische Beschäftigungsverhältnisse, die wenig oder keinerlei Arbeitsschutz unterliegen.

Gute Arbeitsbedingungen und ordentliche Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aber die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg in einem Hochtechnologie-Land wie Deutschland. Die sich vertiefende Spaltung in der Einkommens- und Vermögensverteilung behindert wirtschaftliches Wachstum und weniger Kaufkraft schwächt die Nachfrage.

#### *Unser Projekt:*

Die SPD wird ein Gesamtkonzept für gerechtere Bezahlung erarbeiten, damit die Unternehmen, die sich an die Regeln halten ebenso wie die Beschäftigten wieder mehr Sicherheit erhalten. Dabei setzen wir auf starke Gewerkschaften und handlungsfähige Arbeitgeberverbände. Zum Projekt gehört:

- Tarifverträge müssen leichter allgemein verbindlich werden können. Das bedeutet, dass sie für alle Arbeitnehmer\*innen und alle Arbeitgeber\*innen in einer Branche gelten. Wir haben erfolgreich für eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie gekämpft, um entsandte Beschäftigte sowie kleine und mittelständische Unternehmen gleichermaßen vor unlauterer Dumping-Konkurrenz zu schützen. Das hilft uns bei der Durchsetzung allgemein verbindlicher Tarifstandards.



- Nur durch gesamtdeutsche Tarifverträge erreichen wir einheitliche Arbeitslöhne und Arbeitszeiten in ganz Deutschland. Ostdeutschland darf kein Niedriglohnland bleiben. Deswegen setzen wir uns für die Stärkung der Tarifbindung ein.
- Wenn ein Unternehmen einen Betrieb auslagert, muss der dort geltende Tarifvertrag weiter gelten, bis ein neuer abgeschlossen wird.
- Viele Arbeitgeberverbände bieten Mitgliedschaft ohne Tarifbindung (OT) an. Diese Rosenpickerei steht dem Prinzip der Tarifautonomie entgegen. Wir wollen prüfen, wie wir dem wirksam entgegenzutreten können.
- Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn ein Unternehmen einen öffentlichen Auftrag erhalten will, muss es sich an den geltenden Tarifvertrag halten. Wir wollen ein Bundestariftreuegesetz.
- Wir haben dem ausufernden Lohndumping mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einen wirksamen Riegel vorgeschoben. Der Mindestlohn ist aber noch nicht armutsfest. Wir wollen eine schnellere Anpassung auf 12 Euro erreichen.
- Wir wollen eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen durch ein wirksames Equal-Pay-Gesetz erreichen.
- Wir wollen, dass auch in abhängig selbständiger Vollzeit-Beschäftigung ein Erwerbseinkommen garantiert ist, das vor Armut bewahrt.

### **Projekt 2: Arbeit und Leben planbar und sicher machen**

Ein sicherer Arbeitsplatz ist entscheidend, um das eigene Leben verlässlich planen zu können. Für viele – vor allem junge – Menschen gilt das oft nicht mehr. Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag wird nur noch befristet abgeschlossen. Man erwartet von den jungen Menschen die Gründung einer Familie, ehrenamtliches Engagement und vieles mehr. Tatsächlich wissen viele nicht, ob sie im nächsten Jahr noch einen Arbeitsplatz haben. Das passt nicht zusammen. Menschen brauchen Sicherheit, ihr Leben planen zu können. Planungssicherheit ist gleichzeitig auch eine zentrale Bedingung für die Sicherung unserer Fachkräftebasis. Denn die meisten Betriebe werden ihren Bedarf an gut qualifizierten Arbeitskräften nur decken können, wenn sie den Menschen einen sicheren Arbeitsplatz bieten.

*Unser Projekt:*

Wir werden den Menschen ein Angebot für mehr Planungssicherheit machen. Dazu gehört:

- Die Befristung von Arbeitsplätzen muss so weit wie möglich zurückgedrängt werden – das gilt vor allem für die vielen Befristungen ohne einen sachlichen Grund.
- Leiharbeit darf den Unternehmen kurzfristig Flexibilität bei nicht erwarteten Auftragsspitzen ermöglichen. Sie darf aber kein Dauerzustand sein, mit dem Zweck, Löhne zu drücken. Vor allem müssen die Menschen in Leiharbeit vom ersten Tag an genauso bezahlt werden, wie die fest angestellten Kolleginnen und Kollegen.



- Wir wollen den Trend umkehren, nach dem bisher abhängig Beschäftigte in eine Scheinselbständigkeit gezwungen werden, um Schutzrechte zu umgehen.

### **Projekt 3: Arbeit, die zum Leben passt**

Unser Ziel ist es, den Wandel in der Arbeitswelt auch dafür zu nutzen, mehr Vereinbarkeit zu ermöglichen und Selbstbestimmung im Erwerbsverlauf zu stärken. Dafür braucht es neue Angebote und Instrumente.

Wir werden die hart erkämpften Schutzstandards, die unter dem Vorwand einer höheren Flexibilität und mehr individueller Freiheit in Frage gestellt werden, entschlossen verteidigen. Wir wollen die Chancen und die ungeheuren Potentiale der Digitalisierung für neue Freiräume für die Arbeitnehmer\*innen nutzen, ohne den Schutz zu verringern. Gute Arbeitszeitpolitik ist Arbeitsschutzpolitik; sie reduziert Stress und Überlastung, trägt bei zu gesunderhaltenden und altersgerechten Arbeitsbedingungen.

*Unser Projekt:*

Wir werden eine neue Debatte über Zeitsouveränität anstoßen und ein Konzept dafür erarbeiten:

- Wir wollen Arbeitnehmer\*innen mehr Selbstbestimmung in der Arbeit und eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ermöglichen. Dazu gehört auch ein klarer Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten.
- Wir wollen Freiräume schaffen für gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit genauso wie für mehr Zeit für Familie, Freundschaft und für Muße. Dazu wollen wir Zeitkonten einrichten, über die die Beschäftigten selbst verfügen.
- Intelligente Arbeitszeitmodelle schließen eine im Lebenslauf veränderliche Arbeitszeit je nach Lebenslage und zur Absicherung von Übergängen ein. Dazu müssen besonders tariflich vereinbarte Modelle gefördert werden.
- Ob durch den digitalen oder ökologischen Wandel die Arbeit insgesamt weniger wird, ist und bleibt nicht absehbar. Sollte es zu Beschäftigungsabbau durch Digitalisierung oder den ökologischen Wandel kommt, kann dieser durch Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich aufgefangen werden.

### **Projekt 4: Arbeit aktiv fördern, nicht Arbeitslosigkeit**

Arbeit ist für die meisten Menschen Grundlage ihrer Existenzsicherung. Sie ist aber nicht nur Broterwerb. Für die allermeisten bedeutet die tägliche Arbeit auch Erfüllung, Kontakt mit anderen Menschen, Erfolg und Selbstverwirklichung. Die Möglichkeit zu arbeiten, bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Umgekehrt bedeutet der erzwungene Ausschluss von der Arbeit auch den Ausschluss von Teilhabe. Die Digitalisierung führt dazu, dass in manchen Bereichen auf dem Arbeitsmarkt Arbeitsplätze verschwinden oder sich Arbeit massiv verändert. In anderen Bereichen



werden neue Arbeitsplätze entstehen. Aus unserer Sicht ist Vollbeschäftigung auch in Zukunft erreichbar und erstrebenswert – und gleichzeitig eine der zentralen Verteilungsfragen. Wir wollen mit aktiver Arbeitsförderung allen Menschen Teilhabe ermöglichen und ein Recht auf Arbeit gewährleisten. Insbesondere Menschen mit Vermittlungsproblemen brauchen neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

*Unser Projekt:*

Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt unser zentrales Ziel.

Ein hohes Niveau der finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung ist weiter unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen.

- Wir werden neue Instrumente der aktiven Arbeitsförderung entwickeln. Wir müssen den Menschen zum Beispiel in den Zulieferbetrieben von Verbrennungsmotoren Antworten geben, die uns zu Recht fragen, was aus ihnen wird, wenn es diese Motoren in naher Zukunft nicht mehr gibt. Die aktuell geplante Verbindung von erweitertem Kurzarbeitergeld mit Qualifizierung ist ein Beispiel der sinnvollen Erweiterung der aktiven Arbeitsförderung.
- Wir brauchen mehr Förderungsmöglichkeiten von Weiterbildung und Umschulung. Gerade wenn größere Anteile einer Belegschaft qualifiziert werden, muss eine schnelle und unbürokratische Unterstützung möglich sein.
- Und wir müssen die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung wieder ausbauen.

### **Projekt 5: Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb**

Betriebsräte und Personalräte sind in den Betrieben und Verwaltungen Ansprechpartner und Vertrauenspersonen. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel zur Arbeitswelt 4.0 erfolgreich und im Sinne der Beschäftigten gestaltet werden.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Demokratie endet weder vor dem Werkstor noch vor den Lagerhallen von Amazon. Über die Mitbestimmung auf Augenhöhe ermöglichen wir, dass Arbeitnehmer\*innen ihre Interessen im Betrieb wirksam vertreten und die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen mitgestalten können.

*Unser Projekt:*

Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften konkrete Vorschläge erarbeiten, welche Reformen wir für eine moderne Mitbestimmung in der Transformation brauchen. Das betrifft insbesondere

- die Stärkung der Mitbestimmung beim Einsatz von Leiharbeit, Werkverträgen und Plattformaufträgen.
- die Frage, wie neue Erwerbsformen wirksam vor Ausbeutung geschützt werden können.
- den besseren Schutz der Betriebsräte vor Mobbing und Ausgrenzung.



- die Förderung einer Ausweitung der Mitbestimmung, denn nur rund die Hälfte der Beschäftigten wird überhaupt von Betriebsräten vertreten.
  - die Sicherung und den Ausbau der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmerseite in Unternehmen vor dem Hintergrund neuer europäischer Gesellschaftsformen.
-



### **Projekt 6: Dienste für die Menschen verdienen mehr**

Soziale und öffentliche Dienstleistungen sind Dienste für die Menschen und halten die Gesellschaft zusammen. Wohlfahrtspflege ist kein Geschäft, sondern in erster Linie für die Menschen da und dem Gemeinwohl verpflichtet. Effizientes Wirtschaften darf nicht wichtiger werden als das Gemeinwohl und der Mensch.

Gesundheit bildet, zusammen mit der Pflege, eine der größten „Wirtschaftsbranchen“ in unserem Land. Die Gesundheitswirtschaft ist ein Beschäftigungsmotor. Im Gesundheitswesen arbeiten derzeit 5,1 Millionen Menschen. Damit ist heute etwa jeder achte Erwerbstätige in dieser Branche tätig. Umso mehr entscheidet sich hier, ob eine solidarische Ordnung Vorrang vor den Regeln des Marktes hat.

Wer sagt, dass die Zahlung von Tariflöhnen Standorte, Arbeitsplätze und die Versorgung in der Fläche gefährde, spaltet und spielt gute Arbeit gegen gute Versorgung aus.

Der Einkauf von Investoren in die Gesundheits- und Pflegeversorgung zum alleinigen Zweck, Gewinne zu erzielen und Geld zu entziehen, ist mit unseren Vorstellungen von einem modernen Sozialstaat und beitragsfinanzierten Sozialversicherungen nicht vereinbar.

Beides, gute Versorgung und gute Arbeit sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander. Renditen, die in bessere Versorgung und bessere Arbeitsbedingungen zurückfließt, gehören dazu.

*Unser Projekt:*

Wir wollen den öffentlichen Dienst wieder stärken und mehr unbefristete Stellen schaffen.

Wir wollen Anerkennung und Aufwertung der Berufe in der Pflege. Beschäftigte, die in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und ambulant Menschen pflegen, müssen besser bezahlt werden und brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Dazu gehört:

- Wir unterstützen politisch alle Sozialpartner, die sich für gute Tarifbedingungen einsetzen. Wir fordern auch die privatgewerblichen Arbeitgeber auf, sich einer Tarifpartnerschaft nicht weiter zu verschließen. Die Pflege verdient gute Standards und nicht nur ein Mindestmaß.
- Wir brauchen mehr Personal pro pflegebedürftigem Menschen. Nur mit genügend Kolleg\*innen können Pflegekräfte ihrer Kernaufgabe gerecht werden: würdevolle Pflege zu leisten, die den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen gerecht wird.
- Pflegefachkräfte verdienen mehr Vertrauen und Wertschätzung. Wir wollen, dass Digitalisierung der Pflege allen Bereichen zugutekommt und die Chancen für Kommunikation, Sicherheit, Beteiligung, Vernetzung und Entlastung genutzt werden.

### **Projekt 7: Faire Spielregeln für die Arbeit auf digitalen Plattformen**

Wir haben uns im Alltag schnell daran gewöhnt - der digitale Fortschritt macht unser Leben leichter. Längst bestellen wir völlig selbstverständlich die Pizza oder das Taxi bequem vom Sofa aus oder buchen eine Haushaltshilfe über die entsprechende App. Immer mehr Menschen finden



umgekehrt Arbeit auf digitalen Plattformen. Die Bandbreite reicht von haushaltsnahen Dienstleistungen wie Handwerksdiensten, der Betreuung von Kindern und Putzdiensten, über die Erstellung von Texten oder die Klassifizierung von Informationen bis hin zu hochspezialisierten Angeboten in Bereichen wie Design oder IT-Programmierung. Plattformen verändern unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt.

Dieser technische Fortschritt bedeutet dabei keineswegs automatisch sozialen Fortschritt. Denn einige Plattformen und Digitalunternehmen umgehen Arbeitnehmerschutz und Mindestlöhne und verfolgen ihr Ziel maximaler Gewinnerzielung auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie spielen nicht selten Kunden und Angestellte gegeneinander aus.

*Unser Projekt:*

Wir brauchen vernünftige Regeln für die Arbeit in der Plattformökonomie. Das heißt: weder ‚laufen lassen‘ noch den Fortschritt aufhalten. Jobs in der Plattformökonomie sollen weiter entstehen und Kunden sollen weiter Angebote nutzen können. Aber jene, die die Arbeit machen, sollen sich genauso auf faire Arbeitsbedingungen verlassen können wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Fließband oder im Büro. Und jene, die Plattformen betreiben, sollen genauso zur sozialen Sicherheit in Deutschland beitragen wie herkömmliche Arbeitgeber. Das heißt:

- Digitalisierung darf nicht mit Ausbeutung verwechselt werden - wir sichern Arbeitnehmerrechte auch in der Plattformökonomie und verstehen eine Plattform als digitale Betriebsstätte mit den entsprechenden Rechten für die Arbeitnehmer.
- Soziale Absicherung, Arbeitsschutz und Interessenvertretung müssen auch für Selbständige in der Plattformökonomie möglich sein.
- Plattformbetreiber müssen dabei ihren Beitrag zur sozialen Sicherheit leisten.
- Wir wollen auf digitalen Plattformen gute Wettbewerbsbedingungen schaffen, dazu gehört auch ein fair geregelter Zugang, damit kleine und mittelständische (Handwerks-)Betriebe eine faire Chance haben.
- Wir werden nicht alle Plattformen über einen Kamm scheren. Denn Plattformbetreiber, die faire Bedingungen bieten, dürfen keinen Wettbewerbsnachteil haben – nicht national, aber auch nicht im internationalen Vergleich.
- Auch Arbeitnehmer\*innen haben Anspruch nicht nur auf den Schutz personenbezogener Daten, sondern auch ihrer Persönlichkeitsrechte am Arbeitsplatz. Deshalb wollen wir einen eigenständigen Beschäftigtendatenschutz schaffen.

### **Projekt 8: Die deutsche Europäische Ratspräsidentschaft nutzen**

Zwar ist der Lebensstandard in der Europäischen Union im weltweiten Vergleich hoch, allerdings erreicht das europäische Wohlstandsversprechen nicht alle. Jeder sechste Arbeitnehmer in der EU ist Niedriglohnpfänger und Armut in Erwerbstätigkeit ist in Europa auf einem konstant hohen Niveau. Auch hier werden Menschen in verschiedenen Ländern unter dem Vorwand der Wettbewerbsfähigkeit gegeneinander ausgespielt und mancherorts sogar ausgebeutet. Wir werden die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und die Menschen in



Europa besser sozial absichern.

*Unser Projekt:*

Nicht der Markt gehört in den Mittelpunkt, sondern die Menschen. Wenn wir die Standards für alle gemeinsam anheben, hat niemand einen Nachteil. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte bietet die Chance, wichtige arbeitspolitische Initiativen voranzubringen und Europa zu einem besseren Ort für alle Beschäftigten zu machen.

- Wir wollen verhindern, dass im europäischen Binnenmarkt Wettbewerbsvorteile über Lohndumping erzielt werden. Deswegen setzen wir uns für einen gemeinsamen Standard für existenzsichernde Mindestlöhne ein, der überall dort gelten muss, wo eine hohe Tarifbindung dies nicht gewährleisten kann.
- Alle Menschen verdienen ein Leben ohne Armut. Dafür brauchen wir europäische Mindeststandards für die Grundsicherung.
- Mit einer Arbeitslosenrückversicherung in Ergänzung der nationalen Arbeitslosenunterstützungssysteme wollen wir wirtschaftliche Krisen solidarisch absichern.
- Die Sozialpartnerschaften in Europa muss gestärkt und Tarifbindung gefördert werden.
- Wir müssen Arbeit auch europäisch denken. Dazu gehört eine europäische Initiative zur Weiterbildung, ein umfangreicher Beschäftigungsschutz, insbesondere in Bezug auf Online-Plattformen, und ein effektiver Datenschutz auch für Beschäftigte.
- Wir fordern eine sozial-ökologische Erneuerung unseres Wirtschaftsmodells und wollen die Potenziale des European Green Deal zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Europa nutzen.
- Wir werden mit einer Neuausrichtung der europäischen Fiskal- und Steuerpolitik dafür sorgen, dass die Niveauunterschiede zwischen den Volkswirtschaften Europas kleiner werden und in allen Staaten dauerhafte und qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Insbesondere für die jungen Menschen. Wir treten für eine gerechte, aufeinander abgestimmte und vor allem lückenlose Unternehmensbesteuerung und gegen Steuerdumping in Europa ein. Damit verbessern wir die finanzielle Grundlage für staatliche Investitionen und eine nachhaltige Entwicklung der nationalen Arbeitsmärkte.
- Europa sollte seine Krisenresistenz verstärken, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Deshalb begrüßt die SPD den jüngst von der Kommission eingeleiteten Dialog über eine Reform der bestehenden Kriseninstrumente vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Eurokrise.